

Dresdner Journal.



Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.

Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Nr. 79.

Sonnabend, den 6. April

1907.

Beauftragt mit der verantwortlichen Leitung: Hofrat Doenges in Dresden.

Abendpreis: Beim Besuche durch die Expedition, Große Zwingstraße 20, sowie durch die Post im Deutschen Reiche 3 Mark vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf. — Erscheint: Werktags nachmittags. — Fernsprecher Nr. 1295.

Amtlicher Teil.

Mit Genehmigung des Ministeriums des Innern wird die Landgemeinde **Vernsdorf** vom 1. April 1907 ab mit der Stadtgemeinde **Chemnitz** vereinigt. Nr. 430 II G Dresden, am 30. März 1907. 2836

Ministerium des Innern.

Die diesjährigen **Fachlehrerprüfungen** im Zeichnen und Schreiben finden Anfang Juli, vor Beginn der großen Ferien statt.

Besuche um Zulassung zur **Fachlehrerprüfung** im Zeichnen sind von Bewerbern, die die sächsische Staatsangehörigkeit besitzen, bei dem Bezirksschulinspektor ihres Aufenthaltsortes, von Nichtsachsen dagegen unmittelbar bei dem unterzeichneten Ministerium bis spätestens den 30. April 1907

unter Befugung der in § 4 Punkt 6 der Prüfungsordnung vom 1. Dezember 1904 aufgeführten Zeugnisse einzureichen. In dem Gesuche ist anzugeben, für welche Gattung von Schalen der Bewerber die Befähigung zur Erteilung des Lehramts erlangen will.

Diejenigen, welche sich der **Fachlehrerprüfung** im Schreiben unterwerfen wollen, haben ihre Gesuche um Zulassung nebst den nach § 28 der Prüfungsordnung vom 1. November 1877 beizubringenden Zeugnissen bis zu gleichem Zeitpunkt bei dem Bezirksschulinspektor ihres Aufenthaltsortes anzubringen.

Die **Bezirksschulinspektoren** haben die Gesuche nebst Unterlagen unverzüglich an den Prüfungskommissar, Bezirksschulinspektor Schulrat Dr. Priegel in Dresden, einzusenden. Nr. 572 Sem. Dresden, den 9. März 1907. 2026

Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts.

Der **Prüfungskommission** für Zahnärzte zu Leipzig wird an Stelle des ins Ausland berufenen Professors Dr. Wilms der Privatdozent bei der Medizinischen Fakultät zu Leipzig Dr. med. Heineke, Assistenzarzt an der Chirurgischen Universitäts-Klinik, für den Rest des Prüfungsjahres 1906/1907 als Mitglied beigeordnet. Nr. 611 A Dresden, den 2. April 1907. 2834

Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts.

Ernennungen, Versetzungen etc. im öffentlichen Dienste.

Im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern. Bezieht die Regierungsräte Dr. Herzsch von der Amtshauptmannschaft Zwickau und Dr. Ostermayer von der Amtshauptmannschaft Jützen zur Kreisamtsverwaltung Zwickau, Dr. Edelmann von der Amtshauptmannschaft Großenhain zur Amtshauptmannschaft Zwickau; die Bezirksschulinspektoren Graf zu Castell von der Amtshauptmannschaft Pirna zur Amtshauptmannschaft Dresden; Schulrat v. Sehe von der Amtshauptmannschaft Leipzig zur Amtshauptmannschaft Großenhain, v. der Rosel von der Amtshauptmannschaft Plauen zur Amtshauptmannschaft Rochlitz, Edler v. der Planig von der Amtshauptmannschaft Auerbach zur Amtshauptmannschaft Dresden-Albstadt und v. Thümmel von der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt zur Amtshauptmannschaft Pirna; Schulinspektor Dr. Boeller von der Polizeidirektion zu Dresden als Bezirksschulinspektor zur Amtshauptmannschaft Auerbach.

Im Geschäftsbereich des Ministeriums des Kultus u. öffentl. Unterrichts. Erledigt die neugegründete 5. städtische Lehrstelle an der achtjährigen Volksschule zu Riebereufitz. Kolator: die obere Schulbehörde. 1200 M. Grundgehalt, das nach vollendetem 25. Lebensjahre sich auf 1800 M., nach vollendetem 28. Lebensjahre auf 2400 M. erhöht und von da ab durch 8 dreijährigen Zwischenräumen gewährt. Stellensatzungen bis auf 2700 M. steigt; Höchstgehalt 3200 M., Bez. 150 M. Wohnungsgeld. Bewerbungsgesuche sind unter Anschlag der erforderlichen Unterlagen (darunter Amtsführungsjahreszeugnis neuesten Datums bis 20. April bei dem Königl. Bezirksschulinspektor in Bautzen einzureichen.

(Wesentliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Anzeigenteil.)

Nichtamtlicher Teil.

Vom Königl. Hofe.

Dresden, 6. April. Se. Majestät der König begab sich heute vormittags 8 Uhr 8 Min. ab Neustädter Bahnhof mit Allerhöchsten Söhnen nach Leipzig zum Besuche des Grafi-Museums. Die Rückkehr nach hier erfolgt heute nachmittags.

Heute abend wird Se. Majestät mit den beiden ältesten Prinzen-Söhnen der Aufführung der Oper „Der Waffenschmied“ im Königl. Opernhause bewohnen.

Am 10., 11. und 12. d. M. wird Se. Majestät der König eine Reise in den Regierungsbezirk Leipzig und Chemnitz unternehmen.

Allerhöchstselbe begibt sich am 10. April vormittags zunächst nach Leipzig, um der Einweihung des neuen Königl. Seminars beizuwohnen. Mittags trifft Se. Majestät sodann in Borna ein. Von dort führt die Reise im Automobil über Weithain, Burgstädt nach Chemnitz, wo Se. Majestät im „Römischen Kaiser“ bis zum 12. April früh Quartier nimmt. Der 11. April gilt dem Besuche der Stadt Chemnitz. Am 12. April wird die Reise über Wittweiba, Rochlitz, Geringswalde, Harttha nach Waldheim fortgesetzt, von wo Se. Majestät dann abends mittels Bahn nach Dresden zurückkehren wird.

Ihre Majestät die Königin-Witwe ist gestern abend wohlbehalten in Karlsruhe angekommen und gedenkt heute die Reise nach Cannes fortzusetzen.

Deutsches Reich.

Der Kaiser.

(B. T. B.) Berlin, 5. April. Heute früh machte Se. Majestät der Kaiser den gewohnten Spaziergang im Tiergarten und promenierte von der Charlottenburger Brücke am Landwehrkanal entlang durch die Viktoriastraße u. zum Auswärtigen Amte, wo der Kaiser mit dem Staatssekretär v. Tschirschy und Bögenhoff konferierte. Zur heutigen Abendtafel ist wiederum der Fürst von Monaco mit Begleitung geladen.

Ausland.

Zur Frage der Begrenzung der Rüstungen.

„Daily Graphic“ schreibt zur Abrüstungsfrage, es sei ganz unerträglich, daß so viel Zeit verschwendet und so viel Erregung erzeugt werde über ein Projekt, das durchaus keine Aussicht habe, verwirklicht zu werden, und das nur aufgeworfen worden sei, um taktischen innerpolitischen Interessen zu dienen. Deutschlands Stellung sei ganz verständlich. Es sollte eingeräumt werden, daß seine Einwendungen nicht ohne Bedeutung sind. Deutschland sei überzeugt, daß es nur wirksam seine Interessen wahren könne, wenn es eine möglichst starke Militärmacht unterhalte. Deutschland wünschete ferner, nicht an den Pranger gestellt zu werden vor den Steuerzahlern von ganz Europa als die einzige Macht, die durch ihre Hartnäckigkeit verantwortlich sei für die Lasten des bewaffneten Friedens, zumal andere Mächte, besonders England und Frankreich, ebenso dächten wie Deutschland.

Zur zweiten Haager Friedenskonferenz.

Dem „Petit Parisien“ zufolge wird der Minister des Äußern, Pichon, die Note der russischen Regierung betreffend die Haager Konferenz erst nach Besprechung mit dem ehemaligen Minister und Senator Léon Bourgeois beantworten, der zum leitenden Vertreter Frankreichs auf der Haager Konferenz ausscheiden ist.

Zum Besuche des Königs von Italien in Griechenland.

(B. T. B.) Rom, 5. April. Der König ist heute in Begleitung des Ministers des Äußern Tittoni und des Marineministers Mirabello nach Larent abgereist, wo er sich morgen nach Athen einschiffen wird.

Zur Lage in Holland.

(Meldung des Reuterschen Bureau.) Haag, 5. April. Das Kabinett hat auf das Ersuchen der Königin hin das Rücktrittsgesuch zurückgezogen, mit Ausnahme des Kriegsministers Staal, dem die Königin den erbetenen Abschied bewilligt hat, und an dessen Stelle Generalmajor van Rappard, der bisherige Platzkommandant von Amsterdam, tritt. General van Rappard teilt die Ansicht seines Vorgängers bezüglich einer Verkürzung der Dienstzeit eines Teiles der Miliz bei der Fahne; es hat sich also in der Stellung des Kabinetts zu den Militärfragen seit der letzten Abstimmung des Senats nichts geändert.

Von der russischen Reichsduma.

(Meldung der St. Petersburg Telegraphenagentur.) St. Petersburg, 5. April. In der heutigen Sitzung wurde die Debatte über das Budget fortgesetzt. Ruzsiter (Radetzki) bekämpfte die von den Ministern in den vorhergegangenen Sitzungen gemachten Ausführungen. Jurischewitsch, der Vizepräsident des Verbandes wahrhaft russischer Leute, berührte unter allgemeiner Heiterkeit Fragen der verschiedensten Art und erklärte unter anderem, er sei kein Freund des Kabinetts, weil Stolypin konstitutioneller Minister sei, während er selbst die Autokratie verteidige. Unter Lärm und Gelächter des Hauses zitierte Jurischewitsch allerlei Sprichwörter und schloß mit der Aufforderung, die Duma möge arbeiten. Auch die Ausführungen des nächsten Redners, des Grafen Bobrinsky

(Monarchist), riefen Heiterkeit hervor. Schirsky (revolutionärer Sozialist) schloß sich im Namen seiner Partei den früheren Ausführungen der Sozialdemokraten an und schlug vor, die Ernennung einer Budgetkommission abzulehnen, weil die Duma sonst in Rußland und im Auslande den Eindruck hervorgerufen würde, daß sie mit der Regierung arbeite, während die Regierung die Duma als untergeordnet und unfähig behandle. Der Präsident verlas sodann einen Antrag, der dahin geht, die Plenarsitzungen der Reichsduma auf drei in der Woche zu beschränken, um den Mitgliedern der Kommission, denen zur Erledigung ihrer Arbeiten nicht die erforderliche Zeit zur Verfügung steht, Gelegenheit zu geben, mehr Sitzungen abzuhalten. Der Antrag wird Montag beraten werden. Sollte er angenommen werden, so wird die Duma in Zukunft nur an jedem Montag, Dienstag und Donnerstag Sitzungen abhalten. Gegen 6 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

St. Petersburg, 6. April. Ministerpräsident Stolypin hat dem Präsidenten der Reichsduma mitgeteilt, die Regierung werde unmittelbare Beziehungen zwischen der Duma und den Semstwo, weil sie ungefährlich seien, unter keinen Umständen zulassen. Anlaß zu dieser Erklärung hat der Umstand gegeben, daß der Vorsitzende der Reichsduma der Duma an einige Semstwo das Ersuchen richtete, ihre Berichte über die Verpflegungsoperationen zur Einsicht zu überlassen.

Von den russischen Terroristen.

(Meldungen der St. Petersburg Telegraphen-Agentur.) St. Petersburg, 5. April. Heute nachmittags drangen 19 mit Revolvern bewaffnete Leute in das Postamt in der Juriuslawstraße. Sie befahlen, daß niemand sich rühren solle, befehlten die Ausgänge, bemächtigten sich des in der Kasse befindlichen Geldes im Betrage von 597 Rubeln und entflohen. Einem Beamten gelang es, 1800 Rubel dadurch zu retten, daß er sie in seiner Tasche verbarg. Man weiß nicht, wer die Übeltäter gewesen sind.

(Berl. Lokalan.) Riga, 5. April. Die Bauerngemeinden von Schloß Fiedel und Schloß Felds wurden von Generalgouverneur v. Köller-Sajomelski zu je 3000 Rubel bestraft, weil sie nichts zur Ermittlung der Mörder des Barons Sudberg unternommen hatten.

Zur Ermordung

des bulgarischen Ministerpräsidenten Petrow.

Wie dem „Berl. Lokalan.“ gemeldet wird, beendete der Untersuchungsrichter am vergangenen Donnerstag die Untersuchung betreffend die Ermordung Petrows. Hauptbeschuldiger ist der Attentäter Petrow, und als Anstifter werden angeklagt Jlanomow, der Herausgeber der „Balkanska Tribuna“ und der Redakteur desselben Blattes Serow, sowie die früheren Beamten der Landwirtschaftsbank Chranow und Bojadshim. Das bulgarische Strafgesetz sieht für alle Angeklagten im Falle der Verurteilung Todesstrafe vor. Die Witwe Petrows erhebt Zivilklage um 100 000 Frcs. gegen den Mörder.

Serbiens auswärtige Politik.

(B. T. B.)

Belgrad, 5. April. In der heutigen Sitzung der Stupischina erklärte in Erwiderung auf die Anfrage des Jungradikalischen Lufic, ob die Regierung auf ihre an die deutsche Regierung wegen Erweiterung des deutsch-serbischen Handelsvertrags gerichtete Note bereits Antwort erhalten habe, Ministerpräsident Paschitsch, daß diese Angelegenheit sich in dem Verhandlungsstadium befinde, weshalb er sich gegenwärtig hierüber nicht auslassen könne. Lufic stellte daraufhin fest, daß der Ministerpräsident auf seine konkrete Anfrage, ob eine Antwort der deutschen Regierung bereits eingelangt sei, nicht geantwortet habe. Der Jungradikale Drastofic fragte, ob die Nachricht richtig sei, daß Österreich-Ungarn und Rußland kürzlich der serbischen Regierung eine auf Einschränkung der Tätigkeit der serbischen Banden in Mazedonien und Mazedonien bezügliche Note überreicht haben, und, wenn die Nachricht zutrefte, seit wann das unabhängige Serbien unter der Aufsicht Österreich-Ungarns und Rußlands stehe. Ministerpräsident Paschitsch erwiderte, Österreich-Ungarn und Rußland hätten keine Note überreicht, sondern nur in freundschaftlicher Weise die serbische Regierung auf die Tätigkeit der serbischen Banden in Mazedonien und Mazedonien aufmerksam gemacht. Die Regierung habe darauf erklärt, sie werde, soweit es in ihrer Macht sei, auf die Einschränkung dieser Tätigkeit moralisch hinwirken; da sich jedoch diese Tätigkeit in einem fremden Staate entfalte, sei es die Aufgabe dieses Staates, für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung Sorge zu tragen. Der Jungradikale Besic verwies auf eine telephonisch aus Budapest in Belgrad eingegangene Nachricht, daß Österreich mit Ungarn den Ausgleich abzuschließen bereit sei unter der Bedingung, daß Ungarn in Bosnien und in der Herzegowina Österreich freie Hand lasse. Redner fragte, ob die Regierung die Aufmerksamkeit der Signatarmächte des Berliner Vertrags auf dieses Vorgehen Österreich-Ungarns gelenkt habe. Der Ministerpräsident erwiderte, über den Verlauf der österreichisch-ungarischen Ausgleichsverhandlungen sei bisher amtlich nichts veröffentlicht worden. Die Regierung könne die betreffenden Meldungen so lange keinen Glauben schenken, bis die